

Kurzmeldungen März 2009

Opferzahlen im Irakkrieg

Die UNO schätzt, daß ca. 4,5 Mio Iraker durch den Krieg vertrieben worden sind, mehr als die Hälfte sind noch Flüchtlinge. Weniger als 40% der Haushalte haben Zugang zu sauberem Wasser. Die irakischen Behörden geben die Zahl von 1-2 Mio Kriegswitwen und 5 Mio Waisenkindern an. Insgesamt liegt die Sterberate durch den Irakkrieg bei weit über 1 Mio Kriegstoten.

Im Jahr 2006 starben 400.000 Iraker. Im Jahre 2008, im sechsten Kriegsjahr, starben 800.000 bis 1,3 Mio Menschen. Diese Zahlen bestätigt John Tirman vom MIT.

Quelle: lebenshaus-alb.de, 28.1.09

Atommüll-Lager Asse

Nach einem halben Jahr wurde der Abtransport der einsickernden Lauge aus dem maroden Atommülllager Asse in Niedersachsen wieder aufgenommen. Die Flüssigkeit wird im stillgelegten Bergwerk Mariagluck in Höfer (Kreis Celle) entsorgt.

Bislang hieß es, dass die Radioaktivität in der Asse vor allem aus Forschungsreaktoren, öffentlichen Einrichtungen und der Laborforschung stamme. Tatsächlich sind das aber nur 6%. Mehr als 70 Prozent der Radioaktivität stammen nach dem Inventarbericht des ehemaligen Betreibers von atomaren Abfällen aus Atomkraftwerken.

Von dort wurde der Atommüll zunächst in die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe geschickt. Dort wurde mit dem radioaktiven Abfall geforscht. Aus dem privaten Müll der Betreiber wurde so öffentlicher Müll, der dann in die Asse gebracht wurde. Mehr als 70% der Radioaktivität vom Forschungszentrum Karlsruhe stammen aus dem Atomreaktor Obrigheim (Betreiber: EnBW). Die Atom-Lobby lehnt aber eine Beteiligung an Asse-Sanierung ab.

Quelle: dpa, 6.2.09, Greenpeace, 23.2.09, dpa 22.2.09

EEG-Novelle

Seit Anfang des Jahres gelten niedrigere EEG-Einspeisetarife für Großanlagen und Anlagenparks von Biogas- und Photovoltaikanlagen, die als Einzelanlagen angemeldet wurden. Diese Verschärfung soll nicht nur für Neu-, sondern auch für Altanlagen gelten. Mehrere Verfassungsbeschwerden dagegen hat das Bundesverfassungsgericht abgelehnt.

Quelle: handelsblatt 12.2.09, dpa 19.2.09

EuP-Richtlinie

Anfang Januar 2009 ist die erste Durchführungsmaßnahme zu Standby und Leerlaufverlusten (Ökodesign-Richtlinie, EuP-Richtlinie) als EU-Verordnung in Kraft getreten. Ab 2010 darf die Leistungsaufnahme dieser Geräte im Aus-Zustand sowie im Standby-Betrieb 1 W nicht überschreiten. Außerdem müssen die Geräte über eine Bereitschafts- oder Ruhefunktion verfügen. Ab 2013 werden die Grenzwerte dann auf 0,5 Watt halbiert.

Quelle: elektronikpraxis.de, 17.2.09

EEWärmeG in Kraft Anfang 2009 trat das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in Kraft. Das EEWärmeG schreibt vor, dass die Eigentümer von Neubauten, die ihren Bauantrag 2009 gestellt haben, einen Mindestanteil des Wärmeenergiebedarf für das Gebäude für Heizung und Warmwasser anteilig mit erneuerbaren Energien decken müssen. Bauherrn haben dabei die Wahlfreiheit zwischen Solaranlagen zur Warmwasserbereitung oder Heizungsunterstützung, einer Holzpellettheizung, Wärmepumpen oder einem Blockheizkraftwerk (BHKW).

In Folge der neuen Regelung soll sich bis zum Jahr 2020 der Anteil regenerativer Energiequellen bei der Bereitstellung thermischer Energie für Gebäude auf 14 Prozent erhöhen.

Quelle: sonenseite.com, 5.1.09

Ökostrom

Der Ökostromabsatz an Privatkunden stieg im Jahr 2007 auf 2,9 Mrd kWh. Das sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 38% Zuwachs. Trotzdem liegt der Anteil des Ökostroms derzeit insgesamt erst bei rund 2%. Nach einer aktuellen Umfrage der Agentur für Erneuerbare Energien finden 97% der Deutschen die Nutzung und den Ausbau regenerativer Energien wichtig oder sogar sehr wichtig.

Quelle: sonenseite.com 23.2.09

Quecksilberverbot

Der Verwaltungsrat des UN-Umweltprogramms (UNEP) hat am Freitag auf seiner Jahresversammlung in Nairobi/Kenia beschlossen, innerhalb von 4 Jahren weltweit bindende Regelungen für die Produktion und Emission des hochgiftigen Quecksilbers zu erreichen.

Der Verwaltungsrat setzte zudem eine Ministergruppe ein, die bis 2010 konkrete Vorschläge für die Reform der Vereinten Nationen im Umweltbereich vorlegen soll. Die UN-Umweltreform wird im Zentrum des nächsten Globalen Umweltministerforums stehen, das 2010 in den USA stattfinden soll.

Quelle: BMU 21.2.09

CO2-Emissionen steigen massiv

Der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) in die Atmosphäre ist in den Jahren 2000 bis 2007 noch weitaus schneller vorangeschritten als von Experten prognostiziert. Durch den erhöhten Energieverbrauch in den Schwellenländern seien die CO₂-Emissionen durchschnittlich um 3,5% pro Jahr gestiegen. Das sei dreimal so schnell wie in den Jahren 1990 bis 1999, sagte der US-Forscher Christopher Field von der Universität Stanford auf einer Tagung des Wissenschaftsverbandes AAAS in Chicago. Field gehört dem Weltklimarat IPCC an.

Eine besonders starke Zunahme an Treibhausgasen sieht er im Tauen der arktischen Tundra und dem Niederbrennen der tropischen Regenwälder.

Bei weiter steigenden Temperaturen könnten diese Wälder noch weiter austrocknen, so daß sie Feuer hilflos ausgeliefert sind. Diese Rückkopplungseffekte der Natur könnten dramatische Folgen nach sich ziehen. Schon jetzt habe die CO₂-Konzentration in der

Atmosphäre den höchsten Stand seit 650 000 Jahren erreicht.

Als problematisch hätten sich inzwischen auch die Biotreibstoffe erwiesen, von denen sich manche Klimaschützer einen Ausweg aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen erhofft hatten.

Quelle: dpa 15.2.09

UNEP warnt vor Ernährungskrise durch Klimawandel

Eine weltweite Nahrungsmittelkrise kann sich als Folge des Klimawandels in den kommenden Jahren weiter dramatisch entwickeln. Zu dieser Aussage kommt der Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), der am Dienstag in der kenianischen Hauptstadt Nairobi bei einer Konferenz mit Umweltministern und Experten aus mehr als 100 Ländern vorgestellt wurde. Bis zum Jahr 2050 könnten danach bis zu 25% der weltweit produzierten Nahrungsmittel verloren gehen, warnten die Autoren der Studie. Schon jetzt werde ein weltweiter Stillstand bei Getreideernten verzeichnet, der Fischfang gehe zurück.

Große Teile der heute produzierten Lebensmittel verderben, ehe sie die Verbraucher erreichen. In den USA etwa verdirbt Schätzungen zufolge ein Viertel des gesamten frischen Obstes und Gemüses. Intensive Landwirtschaft sei eine Ursache des Artensterbens.

Nach den Prognosen der UNEP-Studie könnte das Ende des Rückgangs der Lebensmittelpreise erreicht sein und von einem Preisanstieg von 30-50% innerhalb weniger Jahrzehnte abgelöst werden. Die Auswirkungen wären vor allem für die ärmsten Menschen in den Entwicklungsländern katastrophal, die bereits jetzt bis zu 90% ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben.

Der Klimawandel drohe diese Entwicklung noch zu verschärfen. So beeinflusse das Schmelzen der Gletscher im Himalaya den Zufluss für Bewässerungssysteme von nahezu der Hälfte der asiatischen Reis- und Getreideproduktion. Wassermangel könne die Ernte um bis zu zwölf Prozent schlechter ausfallen lassen.

Quelle: dpa 17.2.09

Elektroschrott

Das Recyclingsystem bietet immer noch skrupellosen Geldmachern Schlupflöcher. Immer noch landen große Mengen des Sondermülls in Entwicklungsländern. Bevorzugte Ziele sind Nigeria, Ghana, Pakistan, Indien und China. Dort wird er von den Ärmsten der Armen, oftmals Kindern, mit bloßen Händen auseinandergenommen. Sie hantieren ungeschützt mit Blei, das die Fortpflanzung beeinträchtigen kann, mit Quecksilber, das Nervenschäden und Cadmium, das Nierenschäden hervorruft.

Quelle: Greenpeace 22.2.09

Antarktis

1.600 Kilometer von der Südspitze Südamerikas entfernt, gegenüber Feuerland, liegt das Wilkins-Schelfeis. Riesige Teile dieses auf dem Meer treibenden Eisgebietes kollabieren. Forscher vermuten, dass der Zerfall des Wilkins-Eisschelfs mit der Klimaerwärmung zusammenhängt. In der Antarktis-Region wurde in den vergangenen 50 Jahren ein Temperaturanstieg von 2,5 Grad Celsius gemessen.

Das Wilkins-Eisschelf - zwischen den Inseln Alexander-Island, Rothschild-Island, Latady-Island und Charcot-Island gelegen - war bis in die Neunzigerjahre stabil. Dann stellten Forscher fest, dass es anfang, sich aufzulösen.

In den vergangenen 20 Jahren zerfielen sieben Eisschelfe an der antarktischen Halbinsel. Forscher gehen davon aus, dass das Gebiet bis dahin rund 10.000 Jahre lang stabil gewesen war.

Quelle: Greenpeace 17.2.09

Bio-Produkte

In den USA ist der Verkauf von Bio-Lebensmitteln 2008 um 12,5 % gestiegen.

Auch in Deutschland ist bio erfolgreicher als je zuvor. Wachstum 2008: Über 10 %. Auch für 2009 rechnet die Branche mit weiterem Wachstum.

Quelle: Sonnenseite.com 24.2.09

Gericht kritisiert Veröffentlichung von Agrarbeihilfen im Internet

Das Verwaltungsgericht Wiesbaden hält die Veröffentlichung von Agrarbeihilfe-Empfängern im Internet für unzulässig. Die beiden entsprechenden Verordnungen der EU seien unvereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht, befand das Gericht am Freitag.

Geklagt hatte ein Landwirtschaftsunternehmen. Es wehrte sich dagegen, dass eine ihm gewährte Betriebsprämie aus EU-Mitteln nach den Vorgaben der Verordnungen auf einer speziell dafür eingerichteten Internetseite aufgelistet werden muss - samt Ort des Unternehmens mit Postleitzahl. Das Wiesbadener Verwaltungsgericht stimmte zu, setzte das Verfahren aber aus und legte die Frage dem Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung vor (Az.: 6 K 1045/08.WI).

Quelle: dpa 27.2.09

neue US-Vize-Landwirtschaftsministerin

Kathleen A. Merrigan, die sich seit Jahren für die Bio-Branche einsetzt, wird neue Vize-Landwirtschaftsministerin, kündigte US-Präsident Obama an. Merrigan war in den neunziger Jahren an der Entwicklung der US-Richtlinien für die Bio-Landwirtschaft beteiligt und arbeitete bisher als Direktorin des Programms Landwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt an der Friedman School of Nutrition Science and Policy der Tufts Universität in Boston.

Quelle: keine-gentechnik.de 6.3.09

nationale GT-Verbote bleiben in der EU

Der EU-Umweltministerrates entschied, dass die Anbauverbote für die gentechnisch veränderten Maissorten in Österreich und Ungarn weiterhin bestehen bleiben dürfen. Damit steht auch einem Anbau-Verbot in Deutschland nichts mehr im Wege.

„Ich kann den gesellschaftlichen Mehrwert der Produkte von (dem US-Konzern) Monsanto nicht erkennen“, sagte Gabriel in Brüssel. Eine mögliche Abhängigkeit der Landwirte liege „auf der Hand“.

Quelle: keine-gentechnik.de 4.3.09, Handelsblatt 2.3.09

BVerfG kippt bayerisches Versammlungsgesetz

Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat einem Eilantrag gegen das neue bayerische Versammlungsgesetz teilweise stattgegeben und wesentliche Teile bis zu einer endgültigen Entscheidung außer Kraft gesetzt. Dazu gehören auch die Bußgeldvorschriften, die bei Verstößen gegen die in dem neuen Gesetz enthaltenen Bekanntgabe-, Anzeige- und Mitteilungspflichten der Veranstalter von Demonstrationen fällig wären.

Die Verfassungsrichter halten das Gesetz für einschüchternd, für unbestimmt und vage; es sei nicht versammlungsfreundlich, sondern allenfalls behördenfreundlich. Schon die Anmeldung einer Versammlung ist nach diesem Gesetz ein gewaltiger bürokratischer Akt. Die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht ist mit der Föderalismusreform vom Bund auf die Länder übergegangen.

Dem bayerischen Gesetzgeber ist eine schwere Rüge erteilt worden.

Quelle: SZ 27.2.09

Speicherung terrorverdächtiger Kinder

Im Anti-Terror-Kampf soll der Verfassungsschutz nach Plänen der Union auch Kinder und Jugendliche ins Visier nehmen. Der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU), will die Altersgrenze für die Speicherung personenbezogener Daten von derzeit 16 Jahren auf 14 oder 12 Jahre senken. Damit solle eine bessere Überwachung von terrorverdächtigen Minderjährigen erreicht werden, sagte Uhl der „Berliner Zeitung“.

Quelle: dpa 20.2.09

Hartz IV-Sätze für Kinder verfassungswidrig

Der Regelsatz für Kinder bis 14 Jahre ist nach Ansicht des Bundessozialgerichts verfassungswidrig. Der 14. Senat des obersten deutschen Sozialgerichts beschloss die entsprechenden Gesetze dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorzulegen. Die Kläger und das Gericht erklären, daß der Regelsatz das Existenzminimum der Kinder nicht sicherstelle.

Bisher bekommen Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 60 Prozent und im 15. Lebensjahr 80 Prozent des Regelsatzes eines alleinstehenden erwachsenen Hartz-IV-Empfängers. In den beiden in Kassel anhängigen Verfahren hatte die Arbeitsverwaltung 2005 den Klägern eine höhere Regelleistung verweigert und als Bedarf den Regelsatz von damals 207 Euro pro Monat festgelegt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßte die Entscheidung der Kasseler Richter. Das Urteil sei eine "schallende Ohrfeige für den Gesetzgeber".

Quelle: FAZ, dpa 27.1.09, (Az.: B 14/11 b AS 9/07 R; B 14 AS 5/08 R).

Konjunkturpaket

Bundesregierung und Bundestag haben das größte Konjunkturpaket seit Bestehen der Bundesrepublik beschlossen. Darin sind für dieses und das kommende Jahr rund 50 Milliarden Euro an Hilfen gegen die Wirtschaftskrise vorgesehen. Kernstück sind Investitionen in Bildung, Straßen und Schienen. Zugleich sollen die Bürger bei Steuern und Abgaben entlastet werden.

Teil des Pakets gegen die Rezession ist auch die Abwrackprämie, mit der nach Verschrottung von Alt-Autos der Kauf neuer Pkw angekurbelt werden soll.

Quelle: dpa 27.1.09